

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 24. Oktober 1985

Blatt 2713

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Allzu dicht wär' ungesund

Politik:
(rosa)

Zilk ersucht Bundesregierung um Mietrechtsnovelle

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Zum ersten Mal in Österreich: Fußgängerampel
mit Infrarot-Steuerung
Geburtshilfe in Wien
Neue Primaria im Psychiatrischen Krankenhaus

Lokal:
(orange)

Familiensonntag am 27. Oktober

Kultur:
(gelb)

Auszeichnungen für Kulturschaffende
Kokoschka-Jahr 1986

.....
Bereits am 23. Oktober 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Allzu dicht wär' ungesund (1)

Utl.: Enquete über Belastungen des Organismus in geschlossenen
Räumen

11 #Wien, 23.10. (RK-KOHHUNAL) Mit Fragen der Belastung des Organismus durch äußere Einflüsse in geschlossenen Räumen, der "Indoor-Pollution", befaßte sich Mittwoch vormittag eine Enquete im Wappensaal des Rathauses. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER hatte dazu eingeladen. Wichtige Aspekte: die modernen, fast völlig dichten Fenster bringen nicht nur Vorteile, denn sie verhindern weitgehend den für Gesundheit und Raumklima wichtigen Luftaustausch. Mangelnde Lüfterneuerung birgt auch Gefahren beim Heizen und Kochen mit Gas. Das Formaldehyd, das in letzter Zeit immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist, umgibt die Menschen in geschlossenen Räumen fast überall. Es gibt Zusammenhänge zwischen Gasheizung und Bronchitis-Erkrankungen. Stadtrat Stacher warnte vor allen absoluten Aussagen in medizinischen Belangen, aber auch vor der Herausnahme von Details aus Gesamtzusammenhängen - auch sie wäre grundsätzlich falsch. #

Dr. Erwin RASINGER, der Umweltschutzreferent der Wiener Ärztekammer, begrüßte die Veranstaltung dieser Enquete und verwies darauf, daß sich die Menschen fast vier Fünftel des Tages in geschlossenen Räumen aufhalten. Durch mangelnde Luftzirkulation würden verschiedene Schadstoffe zu wenig "weggelüftet". Bei einer Untersuchung englischer Kinder habe sich gezeigt, daß vor allem in den ersten drei Lebensjahren ein enger Zusammenhang zwischen Bronchialerkrankungen und den Rauchgewohnheiten der Mutter besteht.

Univ.-Prof. Dr. techn. Erich PANZHAUSER von der technischen Universität Wien erläuterte, daß Formaldehyd als Luftfremdstoff in Wohnungen überall vorkommt, bedingt durch Gasflammen, Glut von Tabakwaren etc., aber auch durch Holzwerkstoffe. Er trat für ein Verbot bestimmter, stark formaldehydhaltiger Holzkleber und Anstriche ein, befürwortete ein Vermeiden des Rauchens und forderte die Industrie auf, Fensterbeschläge zu entwickeln, durch die eine geeignete, gut dosierbare Wohnungslüftung möglich wird. (Forts.)
and/bs

.....
Bereits am 23. Oktober 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Allzu dicht wär' ungesund (2)

12 Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Herbert SORANTIN vom Forschungszentrum Seibersdorf sprach über "Radioaktivität in Innenräumen". Er warnte vor zu starker Fensterabdichtung, wodurch der Luftaustausch erheblich herabgesetzt würde, und ein Lungenkrebsrisiko nicht auszuschließen sei. Die in Österreich erzeugten Baustoffe würden eine nur geringe Strahlenbelastung bringen, anders die ausländischen Produkte: aus dem Ausland eingeführte Chemiegipssorten sowie Fliesen (er nannte dabei etwa italienische, die mit einer uranhaltigen Glasur versehen sind) könnten größere Mengen an radioaktiven Stoffen enthalten.

Mit den Gefahren für Passivraucher setzt sich Dozent Dr. VUTUC vom Institut für Sozialmedizin auseinander. Er halte das Risiko der Passivraucher für minimal, sagte Vutuc, meinte jedoch, daß das Zusammenwirken mehrerer Faktoren steigen könnte. Er wandte sich gegen das Rauchen in Schulen und Krankenhäusern: in Schulen, weil dadurch der "Rauchanreiz" für Nichtraucher zunehme, in Krankenhäusern, weil dort viele Patienten behandelt werden, deren durch Nikotin verursachte Leiden behandelt werden.

Medizinalrat Dr. Hans KLIMA vom Wiener Gesundheitsamt befaßte sich mit Bronchialerkrankungen durch ungünstiges Raumklima. So sei die Bronchitis in Wohnungen, in denen mit Gas geheizt und gekocht wird, doppelt so häufig anzutreffen wie dort, wo Elektrizität dafür verwendet wird. Aber auch PCP und Aldehyde führten zu Bronchitis, sagte Klima. Kinder von rauchenden Eltern erkrankten doppelt so häufig an Bronchial- und Lungenerkrankungen wie solche von nichtrauchenden.

Abschließend gab Dr. Reinhard LINDNER, ebenfalls vom Gesundheitsamt, einen Überblick über die Tätigkeit der Gesundheitsbehörde im Zusammenhang mit "Indoor-Pollution". Er bedauerte, daß noch immer zu wenig gesicherte Erkenntnisse und Richtwerte vorliegen, besonders bedingt durch die Vielzahl der im Haushalt verwendeten Produkte. (Schluß) and/rr

Auszeichnungen für Kulturschaffende

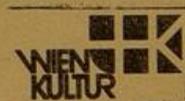
1 Wien, 24.10. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Donnerstag an Prof. Otto DÜRER und Hochschulprofessor Dr. Harald GOERTZ die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber und an Franz Josef KABELKA das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Prof. Otto Dürer hat sich als Regisseur und Filmproduzent um den österreichischen Film verdient gemacht. Zu seinem Hauptanliegen zählt die Verfilmung von Werken der österreichischen Literatur.

Prof. Dr. Harald Goertz unterrichtet an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst. Darüber hinaus ist er als Musiker, Kapellmeister und Fachpublizist tätig.

Franz Josef Kabelka ist Leiter der Redaktion Musik für das 2. Fernsehprogramm und hat durch die Gestaltung zahlreicher Musiksendungen wesentlich zum Ruf der Musikstadt Wien beigetragen.
(Schluß) gab/gg

NNNN



Familiensonntag am 27. Oktober

2 Wien, 24.10. (RK-LOKAL) Herbstbilder basteln im Schwarzenbergpark, Museumsaktionen, Kulturwandern in Mariahilf und vieles andere bietet das Programm des achten Familiensonntages des Wiener Landesjugendreferates am 27. Oktober für Kinder und Eltern.

Weitere Programmpunkte:

- o ein "Offenes Singen" im Wiener Konzerthaus
 - o Tag der offenen Tür im Jugendzentrum Wienerberg
 - o eine Töpfer-Werkstatt im Loquaipark
 - o die Stadtrundfahrt "Wien in der Zwischenkriegszeit" und
 - o eine Wanderung vom Pappelteich zur Schießstätte in Liesing.
- (Schluß) je/rr

NNNN

Zum ersten Mal in Österreich: Fußgängerampel mit Infrarot-Steuerung
3 #Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Je nach Bedarf erhalten die Fußgänger, die bei der Rosasgasse die stark befahrene Ruckergasse in Meidling überqueren, eine kürzere oder längere Grünphase. Dieser Fußgänger-Übergang wird zu bestimmten Zeiten stark, zu anderen nur wenig frequentiert. Eine Infrarotsonde registriert nun, ob mehr oder weniger Fußgänger den Schutzweg benützen, und regelt danach die Ampelschaltung. Dadurch werden unnötige Stauungen des Kraftverkehrs an der Kreuzung vermieden. Die neue Ampelsteuerung wurde von den Verkehrstechnikern der MA 46 zum ersten Mal in Österreich installiert. #

Der Umbau der Verkehrslichtsignalanlage erfolgte auf Grund von Beschwerden der Anrainer. Bisher stand den Fußgängern, die die Ruckergasse überqueren wollten, generell eine Grünphase von 25 Sekunden und eine Räumzeit von 8 Sekunden (in der Rotphase) zur Verfügung, und zwar auch dann, wenn nur wenige Fußgänger unterwegs waren. Zu manchen Tageszeiten entstand dadurch ein unnötiger Verkehrsstau, und - damit verbunden - eine ebenso unnötige Belästigung der Anrainer durch Lärm und Abgase. Jetzt wird die Grünphase für die Fußgänger dann, wenn der Schutzweg von nur wenigen Personen begangen wird, auf 10 Sekunden (plus 8 Sekunden Räumzeit in der Rotphase) verringert. Wenn allerdings ein Fußgänger sehr langsam über die Straße geht, wird das "Grün" um einige Sekunden verlängert. Bei einer starken Fußgängerfrequenz steht selbstverständlich wieder die lange Grünphase von 25 Sekunden (plus 8 Sekunden Räumzeit) zur Verfügung.

Die neue Regelung nimmt also zuerst auf die Fußgänger Rücksicht, vermindert aber doch die Lärm- und Abgasbelästigung beträchtlich.
(Schluß) sc/gg

NNNN

Geburtshilfe in Wien (1)

Utl.: Modellversuch "Familienhebamme" im kommenden Jahr

4 #Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Wiens Schwangerenbetreuung soll mit einer zusätzlichen Einrichtung weiter intensiviert werden. Im 10. Bezirk wird das Gesundheitsamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Hebammengremium Anfang kommenden Jahres in Form eines Modellversuches erstmals eine sogenannte "Familienhebamme" zur Betreuung schwangerer Frauen einsetzen. Aufgabe dieser "Familienhebamme" wird es vor allem sein, gemeinsam mit einer praktischen Ärztin und einer Kinderärztin die Information und Beratung der Schwangeren, aber auch die der werdenden Väter zu verstärken. Dies kündigte Mittwoch abend Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde an.#

Zum Schwerpunktthema der Presserunde "Geburtshilfe in Wien" diskutierten Univ.-Prof. Dr. Kurt BAUMGARTEN, Vorstand der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilung im Wilhelminenspital, Univ.-Doz. Dr. Alfred ROCKENSCHAUB, Ärztlicher Direktor der Semmelweis-Frauenklinik, Dr. Michael ADAM, als Vertreter der ambulanten Geburt und Dr. Helene KAPAUN vom Gesundheitsamt der Stadt Wien.

Zwtl.: Hausbesuche, Kreissaalbesuch

"Stützpunkt" der Familienhebamme und Treffpunkt für werdende Eltern wird die Spezialambulanz im 10. Bezirk in der Gellertgasse 42-48 sein. Dort sollen zweimal wöchentlich Informationsgespräche über Schwangerschaft, Geburt und Säugling in Form eines gemütlichen Beieinandersitzens stattfinden. Darüber hinaus wird es auch einmal wöchentlich die Möglichkeit für Schwangerenturnen sowie täglich für Einzelberatungen geben. Ebenfalls vorgesehen sind Kreissaalbesuche in Begleitung der Hebamme und Hausbesuche von dieser bei den Frauen während der Schwangerschaft und nach der Spitalsentlassung. Ebenso wird ein telefonischer Auskunftsdienst rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Mit diesem Modellversuch soll, laut Stacher, die bei vielen Frauen bestehende "Schwellenangst" vor der Geburt abgebaut werden.

(Forts.) zi/rr

Geburtshilfe in Wien (2)

Utl.: Verschiedene "Glaubensrichtungen" in der Geburtshilfe

5 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER wies im Rahmen der Presserunde unter anderem darauf hin, daß es gerade im Bereich der Geburtshilfe verschiedene "Glaubensrichtungen" gibt, um die immer wieder heftige Diskussionen geführt werden. Seiner Meinung nach gibt es allerdings kein "Ideal"-Modell bzw. eine Methode, die bei jeder Frau anwendbar sei. Gerade im sensiblen Bereich der Geburt hätte jede Methode ihre Berechtigung, wenn sie vernünftig angewendet wird und weder Mutter noch Kind gefährdet.

Zwtl.: Ausweitung des "Ottakringer Modells"

Univ.-Prof. Dr. Kurt Baumgarten vertrat die Meinung, daß das Risiko bei einer Geburt niemals voraussehbar sei, weshalb eine apparative Überwachung im Rahmen der Geburtshilfe eine unbedingte Notwendigkeit wäre. Geburtsüberwachung ohne eine entsprechende Schwangerenbetreuung ist allerdings zu wenig. In diesem Zusammenhang berichtete er über das erfolgreich durchgeführte "Ottakringer Modell", in dessen Rahmen bisher insgesamt 117 werdende Mütter mit einer Risikoschwangerschaft erfolgreich betreut wurden - es gab keinen Todesfall. Aufgrund dieses Erfolges wird diese Modelleinrichtung im kommenden Jahr auf ganz Wien ausgeweitet.

Univ.-Doz. Dr. Alfred Rockenschaub sprach sich für eine Überprüfung der angewandten Techniken aus und bejahte die apparative Geburtshilfe, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß bei den Frauen dazu kein Zwang ausgeübt wird.

Dr. Michael Adam stellte ein im kommenden Jahr beginnendes Modell im Rahmen der ambulanten Geburt vor und unterstrich die Priorität einer kontinuierlichen Betreuung während der Schwangerschaft, während der Geburt und auch nachher.

Dr. Helene Kapaun bedauerte das relativ geringe Interesse an den derzeit vorhandenen Informationsmöglichkeiten für schwangere Frauen: Im vergangenen Jahr besuchten nur 40 Prozent der Erstgebärenden die nahezu in allen Bezirken vorhandenen Elternschulen der Stadt Wien. (Schluß) zi/gg

Kokoschka-Jahr 1986

13 #Wien, 24.10. (RK-KULTUR) Anlässlich des 100. Geburtstages von Oskar KOKOSCHKA finden im kommenden Jahr zahlreiche Veranstaltungen statt, die dem Gedenken des großen Künstlers gewidmet sind. Gemeinsam mit dem Rektor der Hochschule für Angewandte Kunst, Prof. Oswald OBERHUBER, stellte Kulturstadtrat Franz MRKVICKA am Donnerstag das Programm vor. Es wird in Zusammenarbeit zwischen der Hochschule für Angewandte Kunst, dem Museum Moderner Kunst, dem Kulturamt der Stadt Wien, der Oskar-Kokoschka-Dokumentation-Pöchlarn und dem ORF organisiert.#

Folgende Punkte stehen auf dem Programm:

- o Ein Oskar-Kokoschka-Symposion (28.2.1986 - 7.3.1986), an dem Wissenschaftler aus aller Welt teilnehmen werden.
- o Die Ausstellung "Oskar Kokoschka - Städteportraits", die im Museum für Angewandte Kunst vom 4.3. bis 10.4.1986 gezeigt wird. Die Ausstellung greift einen wichtigen Bereich im Schaffen Kokoschkas auf.
- o Die Enthüllung eines Kokoschka-Denkmalts von Alfred Hrdlicka vor der Hochschule für Angewandte Kunst am 1. März 1986, also dem 100. Geburtstag Kokoschkas.

Am selben Tag findet auch die Verleihung eines außerordentlichen Kokoschka-Preises an einen österreichischen Künstler und die Aufführung des Oskar-Kokoschka-Filmes von Albert Quendler statt. Dieser Film, dessen Schlußfinanzierung durch das Kulturamt ermöglicht wurde, ist eine wertvolle Dokumentation mit Originalinterviews mit Oskar Kokoschka.

Kokoschkas expressionistisches Stück "Mörder, Hoffnung der Frauen" soll im Rahmen der Wiener Festwochen 1986 aufgeführt werden, im Konzerthaus ist im Herbst 1986 die konzertante Aufführung der Oper "Orpheus und Eurydike" zu der Kokoschka den Text und Ernst Krenek die Musik schrieb, geplant.

Ferner sind Lesungen von Werken Kokoschkas mit H. C. Artmann, Gerhard Rühm und Ernst Jandl vorgesehen.

Das Gemälde Oskar Kokoschkas "Anschluß - Alice im Wunderland" wird von der Wiener Städtischen Versicherung erworben und dem Historischen Museum der Stadt Wien zur Verfügung gestellt.

Schließlich ist der Ankauf einer umfangreichen Sammlung von Dokumenten, Briefen, Zeichnungen, Büchern und Fotos von und über Oskar Kokoschka durch die Hochschule für Angewandte Kunst geplant.
(Schluß) gab/gg

Neue Primaria im Psychiatrischen Krankenhaus

14 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wurde Donnerstag Dr. Marion KALOUSEK als Primaria der 3. Psychiatrischen Abteilung von GR Hans KÖNIG in Vertretung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in ihr Amt eingeführt. Dr. Kalousek tritt damit die Nachfolge von Dr. Erich LANGNER an, der seit 1977 Vorstand dieser Abteilung war und vor kurzem in den Ruhestand getreten ist. Die neue Primaria war bisher als Fachärztin für Psychiatrie und Neurologie im Rahmen des Psychosozialen Dienstes tätig. 1981 wurde sie zur ärztlichen Leiterin der Psychosozialen Station im 2. Bezirk in der Kleinen Sperlgasse ernannt. Frau Dr. Kalousek ist vor allem im Fachbereich der Gerontopsychiatrie wissenschaftlich tätig gewesen und ist Mitglied zahlreicher internationaler Fachvereinigungen. (Schluß)

zi/rr

NNNN

Zilk ersucht Bundesregierung um Mietrechtsnovelle

15 Wien, 24.10. (RK-POLITIK) Aus Anlaß einer Mietenerhöhung bei einem Wiener Gewerbetreibenden um mehr als das Hundertfache - gedeckt durch ein OGH-Urteil - hat der Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK bereits vor einigen Monaten die Bundesregierung auf die Dringlichkeit einer Mietrechtsnovelle hingewiesen. Nunmehr liegen jedoch bereits drei derartige Entscheidungen des Höchstgerichts vor, die Auswirkungen für Zehntausende Bürger, vor allem in der Bundeshauptstadt, erwarten lassen. Zilk ersuchte daher am Donnerstag Bundeskanzler Sinowatz und Justizminister Ofner brieflich um eine Änderung der unbefriedigenden Rechtslage. "Bei der seinerzeitigen Beschlußfassung des Mietrechtsgesetzes war sicher nicht beabsichtigt, daß zahllose Mieter um ihr Zuhause bangen müssen", betonte der Bürgermeister.

Die Angelegenheit war durch eine Klausel in den meisten Mietverträgen ausgelöst worden. Diese Klausel besagt, daß nach Abänderung der gesetzlichen Vorschriften der Mietzins neu zu vereinbaren ist. Dieser Zustand ist nach Ansicht der Höchststrichter mit der Ablöse des alten Mietengesetzes durch das neue Mietrecht mit seinen Kategoriezinsen per 1.1.1982 eingetreten. (Schluß) chr/rr

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz - Abfallwirtschaftskonzept

6 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPÖ) trat der Wiener Landtag am Donnerstag um 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) stellte den Antrag zur Novelle des Müllabfuhrgesetzes und präsentierte gleichzeitig das Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1985.

Die Novelle beinhaltet zwei wesentliche Punkte, sagte Braun: Grundsätzlich gebe es nun mindestens 52mal im Jahr Mülleinsammlungen (abgesehen von Kleingartengebieten u. ä.). Für Müllverdichtungen ist ein Zuschlag vorgesehen, da die Beseitigungskosten gewichtsabhängig sind.

Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept wurde mit Universitätsprofessoren und Experten erarbeitet. Ziel ist in erster Linie die Abfallvermeidung und -verringerung. Natürlich sei bei Müllfragen eine gemeinsame Vorgangsweise aller Bundesländer nötig, und er habe dies mit Umweltschutzreferenten bereits beraten. Wie dringlich das Problem sei, zeige sich daran, betonte Braun, daß allein im vergangenen Jahr in ganz Österreich 830.000 Tonnen Verpackungsmaterial verbraucht und weggeworfen wurden und mit großem Finanzaufwand beseitigt werden mußten.

"Abfall ist nicht gleich Müll": Unter diesem Aspekt müsse man das Wiener Abfallwirtschaftskonzept sehen. Es gehe darum, die Deponien zu entlasten, die Vorsortierung auszuweiten und durch den Einsatz von Müllverbrennungsanlagen Energiesparmaßnahmen zu setzen. Allein am Beispiel Altpapier, sagte Braun, zeigt sich das Problem: 1984 wurden 500.000 Tonnen Altpapier nach Österreich importiert, nur 27.000 Tonnen wurden zum Beispiel in Wien gesammelt. Das Ziel sei es, möglichst bald 50.000 Tonnen bei Haussammlungen zu erreichen.
(Forts.) fk/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftskonzept

7 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Es sei gelungen, in den letzten Jahren einen Umdenkprozeß der Bevölkerung zum Thema Sonderabfall zu erreichen, das zeigen die Erfolge der Planquadratversuche im 19. und 20. Bezirk. Bereits im kommenden Sommer werde in jedem Wiener Gemeindebezirk eine Sonderabfallsammelstelle eingerichtet.

In den beiden Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau werden insgesamt fast 400.000 Tonnen Müll verarbeitet. Die Müllverbrennung sei die effizienteste Form der Abfallbehandlung. Ohne Müllverbrennung gäbe es einen höheren Bedarf an Deponien. Braun verwies darauf, daß die Rauchgasreinigung am Flötzersteig bereits den Probetrieb aufgenommen habe und auch die Anlage Spittelau bereits 1986 umgestellt werde.

Beim Wiener Abfallwirtschaftskonzept sei es darum gegangen, die Wunschvorstellungen den Realitäten anzupassen. Es sind keine utopischen Ziele angepeilt worden, das Konzept ist realistisch und realisierbar. (Forts.) fk/rr

Wiener Landtag (3)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftskonzept

8 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die FPÖ werde der Novelle zum Müllabfuhrgesetz keine Zustimmung geben, akzeptiere jedoch die positiven Ansätze des Wiener Abfallwirtschaftskonzepts, sagte Labg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Er warf der SPÖ vor, in der Angelegenheit des Abfallwirtschaftskonzeptes schwerfällig reagiert zu haben. Es sei erst nach vielen Urganzen durch die Oppositionsparteien vorgelegt worden. Kritik übte Pawkowicz auch daran, daß für Problemstoffe, wie Filterasche, die von der FPÖ verlangte Betonwanne auf der Deponie Rautenweg nicht vorgesehen sei. Die nun geplante Doppelspundwand ist nach Ansicht der FPÖ aufwendiger als notwendig: Auch mit einer Schmalwand hätte das Auslangen gefunden werden können.

Unzufrieden zeigte sich Pawkowicz mit dem Müllabfuhrgesetz, einerseits deshalb, weil unbebaute Grundstücke von der Müllentsorgungspflicht ausgenommen sind. Dazu kommt andererseits, daß in diesem Gesetz auch die Verzinsung des Anlagevermögens des Rinter-Zeltes vorgesehen sei, wodurch es zu ungerechtfertigten Belastungen des Steuerzahlers komme. Diese Art der Kalkulation bringe bereits jetzt bei der Wasserversorgung 500 Millionen zusätzlich in die Stadtkassa.

Darüber hinaus wandte sich Pawkowicz gegen die steuerliche Subventionierung der Problemstoffbeseitigung, statt das Recycling dem freien Markt zu überlassen, wie es in Berlin geschehe. (Forts.) and/rr

Wiener Landtag (4)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftskonzept
9 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP wird dem Müllabfuhrgesetz ihre Zustimmung geben, weil es vor allem für jene Bürger finanzielle Vorteile bringt, die bereit sind, Müll zu vermeiden, erklärte LABg. ARTHOLD (ÖVP). Der Abgeordnete kritisierte jedoch, daß das Abfallwirtschaftskonzept erst kurz vor der Landtagssitzung ausgeteilt wurde. Nicht einmal der zuständige Gemeinderatsausschuß wurde damit befaßt. Das nun vorliegende Abfallwirtschaftskonzept unterscheide sich in keinem Punkt von bisher vorgelegten Müllkonzepten und enthalte lediglich "Binsenweisheiten". Zu finden sei nur eine Sammlung der Probleme. Im neuen Konzept fehlen vor allem Angaben über die Menge und Art des anfallenden Mülls, konkrete Angaben über Müllvermeidung und -vorsortierung im Haushalt sowie finanzielle Anreize für die Mithilfe der Bevölkerung. Die Bereitschaft der Bevölkerung, an der Vorsortierung und Müllvermeidung mitzuarbeiten, könne nicht durch eine Erhöhung der Müllgebühren erreicht werden.

Die ÖVP verlange von einem Abfallwirtschaftskonzept konkrete Lösungsvorschläge für die Organisation sowie einen realistischen Zeitplan. Dies sei deshalb so wichtig, weil trotz jahrelanger Erfahrungen bis jetzt nicht einmal die Papier- und Glassammlung reibungslos funktioniert. (Forts.) lei/gg

Wiener Landtag (5)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftskonzept
10 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Inhalt und Umfang des Abfallwirtschaftskonzeptes beweisen, erklärte LABg. FREINBERGER (SPÖ), wie ernst man diese Probleme in Wien nimmt. Sicherlich werde im Laufe der Zeit einiges noch verbessert werden, das vorliegende Konzept sei aber ein guter Ausgangspunkt, um das Müllproblem in Wien in Griff zu bekommen. Freinberger wies darauf hin, daß zu den nun eingerichteten Sammelstellen zusätzlich weitere zu schaffen. Die Vorsortierung des Mülls im Rinter-Zelt werde, erklärte Freinberger, die Nutzungsdauer Rautenweg auf 20 Jahre erweitern. (Schluß) jel/rr

Wiener Landtag (6)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftskonzept
11 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) LABg. Ing. WORM (ÖVP) verwies darauf, daß bereits zahlreiche Müllkonzepte von früheren Stadträten verfasst worden seien, deren Inhalt er eher allerdings als dürftig qualifiziere.

Daß die Sanierung der EBS mit dem Paragraph 92, der Notkompetenz, durchgeführt werden soll, bezeichnete Worm als demokratisch bedenklichen Weg. Unter Mißachtung des Hohen Hauses soll ein Auftrag über 1,6 Milliarden Schilling beschlossen werden, und niemand kenne den Akt. (Forts.) fk/rr

Wiener Landtag (7)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz - Abfallwirtschaftsgesetz

12 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Dr. HÄUPL (ÖVP) nahm Bezug auf die Feststellung eines Vorredners, wonach die ÖVP zum vorliegenden Konzept enttäuscht sei; dies, obwohl es zukunftsweisende Schwerpunkte, die Müllvermeidung und -sortierung sowie Recycling enthalte, die als DIE richtungsweisenden Prinzipien gelten. Wenn wir davon ausgehen, daß die Müllvermeidung ein Grundprinzip der künftigen Abfallwirtschaft zu sein hat, dann wird es auch notwendig sein, dirigistisch einzugreifen, sagte Häupl. Er sei gespannt, wie sich die ÖVP solchen Maßnahmen gegenüber verhalten werde. Als Alternative zum heute vorliegenden Müllkonzept habe die ÖVP bisher nur die Schließung der Verbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau sowie der Deponie Rautenweg verlangt, dazu Bewußtseinsbildung, Vorsortierung und Volksbefragung über Müllvermeidung vorgeschlagen. Dies allein sei nicht zielführend. Notwendig sei eine moderne Abfallbewirtschaftung mit dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft statt der gegenwärtigen Vergeudungswirtschaft. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (8)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftskonzept

16 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Man könne verschiedener Meinung über den Inhalt eines Konzeptes sein, erklärte Stadtrat FÜRST (ÖVP). Er selbst sei jedoch der Meinung, daß ein Konzept vor allem in die Zukunft weisen müsse. Eine Darstellung des Ist-Zustandes sei zu wenig, wie dies beim Abfallwirtschaftskonzept der Fall ist. So sei beispielsweise die Abfallvermeidung in diesem Konzept nicht berücksichtigt, obwohl Stadtrat Braun dieser Notwendigkeit wiederholt Priorität eingeräumt habe. Die ÖVP habe ebenfalls Konzepte und Ergebnisse einer Ideenwerkstatt zum Thema "Bewältigung der Müllproblematik" vorgelegt, die von den Verantwortlichen größtenteils sehr positiv aufgenommen wurden. Trotzdem sind diese Ideen nicht im Abfallwirtschaftskonzept zu finden.

Zum Thema Müllvermeidung sagte Fürst, daß die Bereitschaft der Bevölkerung, mitzuarbeiten, groß sei. Nicht zuletzt die Modelle im 19. und 20. Bezirk haben dies gezeigt. Durch diesen Versuch wurden jedoch auch die Schwachpunkte dieses Modells offenbar, die dazu führen hätten müssen, inzwischen andere Modelle zu erarbeiten und zu erproben. Weiters fehle noch immer eine Beschränkung oder ein Verbot umweltfreundlicher Einwegverpackung, nach dem Sonderabfallgesetz.

Weiters kritisierte Fürst die Verzögerung bei der Sanierung von EBS und Hauptkläranlage. (Forts.) lei/rr

Wiener Landtag (9)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftsgesetz

17 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Ein Gutachten der Technischen Universität Wien zeige auf, daß die Konzentration von Dioxin im Umkreis von 850 Meter des Flötzersteiges Werte bis zum 1,5fachen des Grenzwertes erreiche. Es sei daher dringend notwendig, sagte Fürst, die zu verbrennende Müllverbrennung wesentlich zu reduzieren und eine der Verbrennungsanlagen zu schließen. (Forts.) lei/gg

Wiener Landtag (10)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz - Abfallwirtschaftskonzept

18 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Er habe anlässlich der Übernahme der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig durch die Heizbetriebe Wien im Oktober des Vorjahres deutlich klargestellt, erklärte StR. HATZL (SPÖ), daß die Durchsatzmenge der Anlage nicht erhöht, sondern gleich bleiben werde. Die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig sei auf eine Durchsatzmenge von 200.000 Tonnen ausgelegt, werde aber mit 120.000 Tonnen betrieben. Es sei weder am Flötzersteig noch in der Spittelau beabsichtigt, eine größere Menge Müll als derzeit zu verbrennen. In bezug auf die Aussagen von StR. FÜRST zur Einstellung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig sagte Hatzl, die Konsequenz daraus wäre, daß die Spittelauer Müllverbrennungsanlage ausgebaut werden müßte. (Forts.) jel/rr

Wiener Landtag (11)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz - Abfallwirtschaftskonzept

19 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) In einer tatsächlichen Berichtigung erklärte LABg. FÜRST (ÖVP), nach den vorliegenden Unterlagen des Rathauses werde die Mülldurchsatzmenge in den Müllverbrennungsanlagen in den nächsten Jahren nicht gesenkt, sondern erhöht. Derzeit werden in den beiden Müllverbrennungsanlagen pro Jahr 371.000 Tonnen Müll verbrannt, in Zukunft werden es 400.000 Tonnen pro Jahr sein.

Die jahrelangen Versäumnisse der Stadt Wien beim Wasserwirtschaftsfonds kritisierte LABg. HAHN (ÖVP). Durch fehlende Abrechnungen und zu späte Einreichungen wurden in den letzten Jahren hunderte Millionen Schilling auf Kosten der Wiener Steuerzahler verschlampt. Während in anderen Bundesländern mehrere Spitzenbeamte die Anträge für den Wasserwirtschaftsfonds bearbeiten, sind in Wien ein B-Beamter und neuerdings auch ein A-Beamter, mit dieser Aufgabe völlig überlastet. Das ist, so Hahn, ein "Verwaltungsdesaster ohnegleichen". (Forts.) sei/rr

Wiener Landtag (12)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftskonzept

20 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) LABg. Ing. RIEDLER (SPÖ) meinte, ein so wichtiges Konzept wie jenes der Abfallwirtschaft sollte von der Opposition nicht oberflächlich beurteilt werden, wie dies heute geschehen ist. Es liege ihr bereits seit einigen Tagen vor. Auf dem Rautenweg komme es auch jetzt, so Riedler, zu keiner Gefährdung durch Grundwasserverunreinigungen. Nicht übersehen werden dürften jedoch die Grundwasserbelastungen, die bereits oberhalb der Deponie festgestellt werden müssen. Es handelt sich dabei um Altlasten aus Niederösterreich. In dem heute vorliegenden Konzept werde die Müllvermeidung als wichtiger Gesichtspunkt unterstrichen.

Ein weiterer Erfolg der SPÖ seien die in der heutigen Gemeinderatssitzung zu beratenden EBS-Verträge. Die ÖVP habe eine Stadtsenatssitzung zur Vorberatung dieser Angelegenheit abgelehnt, sodaß der Bürgermeister gezwungen gewesen sei, eine Sonderkompetenz in Anspruch zu nehmen. Man dürfe, so Riedler, nicht übersehen, daß die Müllverbrennung nach internationaler Expertenmeinung als die hygienischeste und am ehesten beherrschbare Entsorgungsart angesehen wird, die zusätzlich Energie bringe: 4 Kilo Müll können einen Kilo Heizöl ersetzen. Abschließend verlangte Riedler die rasche Errichtung einer Sondermülldeponie, eine Aufgabe, die für ganz Österreich gelöst werden müsse. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (13)

Utl.: Novelle zum Müllabfuhrgesetz-Abfallwirtschaftskonzept

21 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat BRAUN (SPÖ) wandte sich in seinem Schlußwort gegen die Vorwürfe der Oppositionsredner, die man nur als polemische Unterstellungen bezeichnen könne. Aus verschiedenen Bemerkungen gehe hervor, daß hier ein Urteil über ein Konzept gefällt worden sei, mit dem man sich gar nicht auseinandergesetzt habe. Braun wies darauf hin, daß etwa - entgegen den Behauptungen der Opposition - jede Apotheke zur Rücknahme von Altmedikamenten verpflichtet sei. In bezug auf die Papier- und Glassammlung im Planquadrat seien beste Ergebnisse erzielt worden. Damit wurde die Basis für eine wesentliche Erweiterung dieser Aktion gelegt. Die Kosten für die Umspundung und Abdeckung am Rautenweg bezifferte Braun mit 225 Millionen Schilling. Braun wandte sich gegen den von Stadtrat Fürst verwendeten Begriff "Seveso-Gift", der lediglich der Verunsicherung der Bevölkerung diene, und wies darauf hin, daß die Dioxinmissionen am Flötzersteig auf 0,5 bis fünf Prozent des früheren Wertes gesenkt werden könnten.

ABSTIMMUNG: Das Müllabfuhrgesetz wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (14)

Utl.: Dringliche Anfrage

22 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Eine DRINGLICHE ANFRAGE betreffend die Kontrolle der vom Land Wien geförderten Wohnbauträger durch das Kontrollamt der Stadt Wien begründete LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) mit den Ereignissen, die zum Rücktritt des Geschäftsführers des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, Friedrich HOFMANN, geführt haben. Es gebe in Wien immer wieder Vorfälle bei Wohnbaugenossenschaften, die die Tätigkeit des genossenschaftlichen Prüfverbandes als unwirksam und unzureichend ausweisen.

Die FPÖ fordert auf Grund der wiederholt zu Tage getretenen Mißstände bei der Tätigkeit gemeinnütziger Genossenschaften in Wien eine Kontrolle der vom Land Wien geförderter Wohnbauträger durch das Kontrollamt der Stadt Wien, schloß Hirnschall.

Der Anfrage wurde mit den Stimmen der SPÖ die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Anschließend meldete sich StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) zu Wort und ging auf den Gegenstand der Anfrage ein. Die bisherige Form der Kontrolle gemeinnütziger Wohnbauvereinigungen ist durchaus ausreichend und effizient. Einerseits erfolgt eine lückenlose Kontrolle der eingesetzten Wohnbauförderungsmittel durch seit 1968 bewährte Einrichtungen, andererseits hat die Kontrolle gemeinnütziger Bauvereinigungen durch den Revisionsverband bzw. durch die Aufsichtsbehörde in Wien gezeigt, daß dadurch ein größtmöglicher Schutz der Genossenschaften bzw. Mieter gewährleistet wird. Dies hat sowohl die Prüfung durch den Rechnungshof als auch die Prüfung der als Aufsichtsbehörde tätigen MA 50 durch das Wiener Kontrollamt bestätigt. Eine darüberhinaus gehende Kontrolle durch das Kontrollamt der Stadt Wien käme einer begleitenden Kontrolle gleich, die aber dem Wesen nach eine Übernahme der Tätigkeit der Organe der Gemeinnützigen Bauvereinigungen bedeuten würde. (Forts.)
jel/rr

Wiener Landtag (15)

Utl.: Dringliche Anfrage

23 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Hinsichtlich der gegen die "Sozialbau" erhobenen Vorwürfe teilte Hofmann mit, daß er diese sofort zum Anlaß genommen habe, eine Prüfung durch die Aufsichtsbehörde zur Klärung des Sachverhaltes vorzunehmen. Diese Prüfung sei derzeit im Gang. (Schluß) je/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

24 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat nach der Sitzung des Wiener Landtages unter dem Vorsitz von GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Begonnen wurde mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ), wie sich die kommende Tariferhöhung bei den Verkehrsbetrieben auf die Streifenkarte im Rahmen des Verkehrsverbundes auswirken wird, antwortete StR. HATZL (SPÖ), die Streifenkarte mit dem Aufdruck 12 Schilling wird ab kommenden Jänner in der Kernzone Wien nicht gültig sein. Es gelte nämlich der Grundsatz, daß auch im Verkehrsverbund jedes Unternehmen seine Tarife selbst zu bestimmen habe.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), welche Vorhaben des im November 1984 angekündigten wasserwirtschaftlichen Programmes für Wien noch aktuell sind, antwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ): Im Bereich der Entsorgung die Erweiterung der Hauptkläranlage und der EBS, der Bau des Liesingtal-Sammelkanals, eines Entlastungskanales am Donaukanal und eines am Wienfluß. Für alle diese Projekte, außer dem Wienfluß-Entlastungskanal, wurden auch schon die Anträge beim Wasserwirtschaftsfonds eingeleitet. Für den Wienfluß ist noch eine Studie in Ausarbeitung. Bei den Projekten zur Trinkwasserversorgung wurde der Einleitung der Pfannbauer'schen Quellen in die 1. Hochquellenwasserleitung Priorität gegenüber dem Bau eines Wasserwerkes Donauinsel-Nord gegeben. Die Pfannbauer'schen Quellen sind beim Wasserwirtschaftsfonds eingereicht, eine Entscheidung über die Donauinsel Nord hat bis 1988 Zeit. Für die Dotierung der Lobau läuft ein Antrag bezüglich eines bevorzugten Wasserbaues beim Landwirtschaftsministerium. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

25 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Margarete DUMSER (SPö) nach der Entwicklung der Tätigkeit der Sozialen Stützpunkte antwortete StR. STACHER (SPö), daß es im Sinne der entsprechenden Pläne zu einer quantitativen und qualitativen Ausweitung gekommen ist. Stacher verwies darauf, daß diese Einrichtung bei der Bevölkerung sehr gut angekommen ist. Unter anderem gab es mehr als 24.500 Hausbesuche und über 6.000 Patientenerstversorgungen wurden vorgenommen. Die Entwicklung ist jedoch noch nicht abgeschlossen, unter anderem kündigte Stacher weitere Soziale Dienste, wie die Ergotherapie, an. Es soll auch versucht werden, die Hilfen jeweils einer einzigen Hilfs- und Bezugsperson zu übertragen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (öVP), wie weit die "Umwelttechnik Wien" in die Sanierung von EBS/HKA integriert ist, antwortete StR. BRAUN (SPö), daß die Firma mit allen Rechten und Pflichten in den Planungsauftrag für die EBS an SGP-Waagner Biro eingebunden ist. Die Länderbank hat eine Bankgarantie für den Planungsauftrag abgegeben. Die Tatsache, daß der ehemalige Hafendirektor Pripfl zum Geschäftsführer der Firma bestellt worden ist, sei ihm nicht bekannt gewesen, sagte Braun. Eine von der öVP vermutete Konsulententätigkeit des ehemaligen EBS-Geschäftsführers Hübl bestehe nicht. Hübl sei als Konsulent in einer Detailfrage beigezogen gewesen, die jedoch inzwischen ausgeschieden wurde. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

26 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) FÜNFTE ANFRAGE: GR. HENGELMÜLLER (SPö) erkundigte sich nach den Erfahrungen im Zusammenhang mit dem letzten Donauhochwasser. StR. BRAUN (SPö) antwortete, daß die baulichen Maßnahmen für mittlere Hochwasserereignisse, wie es das letzte war, entscheidend verbessert werden konnten. Durch gezieltes Öffnen der Wehranlagen in Langenzersdorf und beim "Wehr I" wurde eine Überflutung des Handelskais verhindert. Außerdem habe es sich bewährt, daß der Wasseranstieg zeitgerecht prognostiziert wurde. Befragt nach den Auswirkungen von Drängewasser antwortete Braun, daß der Rechte Donausammler an die Hauptkläranlage angeschlossen ist; die damit in Zusammenhang stehenden Abmauerungen haben sich bewährt. Allerdings sind einige Keller-Rückstauklappen nicht ordnungsgemäß gewartet gewesen, sodaß es dadurch zum Wassereintritt gekommen ist.

Aus dem Wiener Umweltarbeitsheft sind viertausend Antwortkarten zurückgelangt, sagte StR. Braun in Beantwortung der SECHSTEN ANFRAGE von GR. STRANGL (SPö). Alle abgegebenen Vorschläge wurden beantwortet und viele Anregungen, darunter zu den Themen Müllvermeidung, -sammlung und -wiederverwertung, Energie- und Wassersparen, Grüngestaltung und Straßenreinigung wurden berücksichtigt bzw. werden weiterverfolgt. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

27 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. KREMNIETZER (SPÖ) erkundigte sich in der SIEBENTEN ANFRAGE über das Ergebnis der Kontrollamts-Überprüfung hinsichtlich Rohrwandstärke der Fernwärmeleitung im Bereich des Wienerberges. Stadtrat HATZL (SPÖ) erklärte, daß die aus Ungarn gelieferten Rohre eine geringfügige Unterschreitung der Rohrwandstärke aufweisen. Genaue Materialprüfungen haben jedoch ergeben, daß die geringere Stärke durch höhere Qualität mindestens ausgeglichen werde. Auf die ZUSATZFRAGE, ob das Kontrollamt die Rohrpreise als zu hoch beanstandet hat, sagte Hatzl, daß die Rohrpreise im Rahmen anderer vergleichbarer Ausschreibungen gelegen sind.

Die ACHTE ANFRAGE stellte GR Dr. NEUBERT (ÖVP). Sie betraf den Abtransport verseuchten Erdreichs in die DDR, die beim U-Bahn-Bau im Bereich Gaudenzdorfer Gürtel gefunden wurde. Stadtrat HATZL (SPÖ) erklärte, daß die Firma RUMPOLD mit dem Abtransport beauftragt wurde, der unter Beachtung aller Sicherheitsvorschriften durchgeführt wurde. Neubert wollte in einer ZUSATZFRAGE geklärt wissen, ob die Firma Rumpold den Abtransport an eine Transportfirma aus der DDR als Subauftrag vergeben habe, da LKWs aus der DDR eingesetzt wurden. Soweit ihm bekannt ist, wurden auch österreichische Frächter eingesetzt, antwortete der Stadtrat.

Die NEUNTE ANFRAGE stellte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ): Wieviele der bisher eingereichten Anträge auf Althausanierung wurden bislang vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds erledigt. Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) antwortete, daß bis 30. Oktober 1985 437 Anträge auf gebäudebezogene Sanierungsmaßnahmen gestellt wurden. 37 Anträge wurden positiv erledigt, 52 Anträge abgelehnt bzw. zurückgezogen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

28 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) In einer ZUSATZFRAGE erkundigte sich HIRNSCHALL, warum die Bearbeitungsdauer der Anträge, die ursprünglich mit drei Monaten angegeben wurde, wesentlich überschritten werde. Hofmann erklärte, daß diese Verzögerung auf die Anlaufphase zurückzuführen seien, daß sich jedoch die Bearbeitungsdauer künftig verkürzen werde. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

29 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. CZERNY (ÖVP) betreffend die Sanierung des städtischen Althauses in Wien 7, Kirchengasse 34 - 36, erklärte StR. HOFMANN (SPÖ), daß die Stadt Wien einen Antrag laut Paragraph 18 gestellt habe. Der Arbeitsbeginn für die Sanierung sei mit Mai 1986 angesetzt. Betreffend das Objekt Kirchengasse 36 sei das Denkmalschutzverfahren noch nicht beendet. Der Möglichkeit des Dachbodenausbaues stehe er grundsätzlich positiv gegenüber, soferne dieser technisch und gesetzlich möglich sei.

Es finden bereits erste Gespräche mit Arik Brauer über die Realisierung eines Wohnhausprojektes statt, erklärte StR. HOFMANN auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ). Derzeit wird eine Liste von zur Auswahl stehenden Grundstücken erarbeitet.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. Maria KUHN (SPÖ), ob Möglichkeiten bestünden, bei Fensterauswechslungen in städtischen Wohnhausanlagen jene Mieter, die bereits einen Austausch auf eigene Kosten vorgenommen haben, diese Kosten teilweise auszugleichen, verwies StR. HOFMANN auf die Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes. Es sei aber zu überlegen, ob bei einer Novellierung des Mietrechtsgesetzes dieser Aspekt, der häufig zur Diskussion stehe, berücksichtigt werden könnte. (Schluß) je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Subvention Kulturverein Donaustadt

30 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Gr. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) beantragte als Berichterstatter eine Sondersubvention von 1,6 Millionen für den Kulturverein Donaustadt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte die schlechte Geschäftsführung und Schlampereien im Kulturverein Donaustadt. Durch die äußerst mangelhafte Buchführung habe die Geschäftsführung keinen Überblick über die Verschuldung erzielen können und diese erst viel zu spät erkannt. Die Liquiditätsprobleme, die mit der heutigen Subvention beseitigt werden sollen, wurden vom Kontrollamt aufgezeigt. Der Geschäftsführer des Vereins, GR. FREINBERGER, sei in dieser Sache befangen und solle nach Ansicht der FPÖ weder zu diesem Geschäftsstück sprechen noch den Beratungen bewohnen.

Auch GR. Mag. KAUER (ÖVP) unterstrich die Befangenheit von GR. Freinberger. Zur Sache selbst erklärte Kauer, der Verein sei eigentlich konkursreif. Wenn die Subvention gewährt wird, würde dieses Beispiel schlechte Schule machen.

Der Vorsitzendes des Gemeinderates, GR. WIESINGER (SPÖ), stellte nach der Wortmeldung von Mag. Kauer fest, daß nach § 23 der Stadtverfassung ein Mitglied des Gemeinderates dem Vorsitzenden seine Befangenheit mitzuteilen habe.

GR. FREINBERGER (SPÖ) betonte, er fühle sich nicht befangen. Freinberger führte die vielen kulturellen Aktivitäten an, die der Kulturverein Donaustadt in den letzten Jahren gesetzt hat. Es sei mit relativ bescheidenen finanziellen Mitteln gelungen, wesentliche Kulturarbeit in der Donaustadt zu leisten. Die finanziellen Probleme ergaben sich nicht aus Schlampereien, sondern aus den relativ geringen finanziellen Mitteln, denen eine große Aktivität gegenüberstand.

Nach der Wortmeldung von GR. Freinberger erklärte der gerade den Vorsitz im Gemeinderat führende GR. Ing. KREINER (ÖVP), durch die Wortmeldung von GR. Freinberger wurde sichtbar, daß eine Befangenheit vorliege, und er sehe darin einen Verstoß gegen den § 23 der Wiener Stadtverfassung. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Subvention Kulturverein Donaustadt

31 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MRKVICKA (SPö) erklärte, es sei mit großen Einsatz und mit viel Liebe Kulturarbeit in der Donaustadt geleistet worden. Er bedaure, daß es nun zu dieser Entwicklung gekommen ist, meinte Mrkvicka. Für die Zukunft müßte man in einer wohlüberlegten Zusammenarbeit Wege finden, um die kulturelle Landschaft in der Donaustadt zu aktivieren. Er werde jedenfalls den Vorstand des Vereines zu sich bitten, um die weitere Vorgangsweise zu beraten, erklärte Mrkvicka abschließend.

GR Mag. KAUER (ÖVP) betonte in einer zweiten Wortmeldung, der Kulturverein Donaustadt habe seit 1982 mehr als zehn Millionen Schilling an Subventionen erhalten. Er betrachte es als Zumutung, dabei von beengten finanziellen Verhältnissen zu sprechen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) sei/rr

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Haus für Alternativgruppen

32 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte den Ankauf von zwei Wohnhäusern im 15. Bezirk, Clementinengasse 7 und Turnergasse 13, in denen eine Wohnmöglichkeit für Alternativgruppen geschaffen werden soll.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) kritisierte, daß der Kaufpreis um 15 Prozent über dem geschätzten Verkehrswert liegt. Seine Fraktion habe durchaus nichts gegen die Integration von Randgruppen, sie meine jedoch, daß mit zweierlei Maß gemessen werde, wenn es um die Unterstützung Bedürftiger geht. Er verwies auf den Verein für Spastikereingliederungstraining, dessen Wunsch nach einem Haus bisher nicht erfüllt wurde.

GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) meinte, in diesem Fall seien zwei schwere Fehler begangen worden. So habe weder der Bezirksvorsteher von Rudolfsheim-Fünfhaus noch die ÖVP des Bezirks über den Bestimmungszweck Bescheid gewußt. Mit ihr habe es erst Gespräche gegeben, als Widerstände der Bevölkerung aufgetaucht seien. Zum anderen sei der Standort nicht gut gewählt, weil sich in unmittelbarer Nähe neben städtischen Wohnanlagen, einem Kloster und zwei Kirchen auch eine Schule mit 2.000 Schülern befindet.

GR. FAYMANN (SPö) meinte, man sollte Jugendliche mit sozialen Problemen nicht gegen behinderte Kinder ausspielen. Bei den Jugendlichen handle es sich in vielen Fällen um solche ohne abgeschlossene Schulbildung, die kaum einen Arbeitsplatz finden. Wichtig sei deren soziale Integration, die jedoch am Stadtrand nicht erreicht werden könnte.

StR. Ingrid SMEJKAL (SPö) dankte für die sachliche Diskussion und für die Übereinstimmung im Grundsätzlichen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Ausbau Radwegenetz "Laxenburgerweg"

33 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. HONAY (SPÖ) beantragte die Errichtung des Radweges "Laxenburgerweg" im Abschnitt vom Karlsplatz über die Argentinierstraße zum Südtiroler Platz im 4. Bezirk mit einem Kostenerfordernis von voraussichtlich 5,8 Millionen Schilling.

GR. ARTHOLD (ÖVP) erklärte, daß die ÖVP diesem Antrag zustimme, weil sie grundsätzlich für den Ausbau des Radwegenetzes eintritt. Die Menschen haben das Radfahren wiederentdeckt, deshalb sei es besonders wichtig, daß Radwege möglichst ungefährlich und überschaubar angelegt werden. Dies könne beispielsweise vom Radwege zwischen Reumannplatz und Südtiroler Platz stadtauswärts nicht behauptet werden. Der Radfahrer muß auf diesem knapp eineinhalb Kilometer langen Radweg achtmal die Fahrbahnseiten wechseln. Dazu sei die Kennzeichnung mangelhaft.

GR. HUMMEL (SPÖ) sagte zum nun geplanten Radweg, daß wegen der zu geringen Straßenbreite der Argentinierstraße auf 20 Parkplätze verzichtet werden müsse. Eine einheitliche Lösung beim Bau der Radwege könne es nicht geben, da auf Grund der verschiedenen örtlichen Gegebenheiten eine individuelle Planung notwendig sei.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) erklärte, daß bei der kürzlich stattgefundenen Radfahrenquete viele nachahmenswerte Lösungen aus dem In- und Ausland aufgegriffen und in die künftigen Planungen miteinbezogen werden. Da dies kaum geschieht, sei zu vermuten, daß in Wien der politische Wille, das Fahrrad als Verkehrsmittel anzuerkennen, fehle.

Der Berichterstatter GR. HONAY (SPÖ) erklärte dazu, daß der Ausbau des Radwegenetzes ein deutliches Gegenargument darstelle.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Zentralberufsschule Scheydgasse

34 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR Margarete DUMSER (SPÖ) beantragte, den Mietvertrag zwischen GESIBA und der Stadt Wien für das 5. Zentralberufsschulgebäude in Wien 21, Scheydgasse, zu genehmigen.

GR Dipl.-Kfm. Dr. WÖBER (ÖVP) unterstrich die Zustimmung seiner Fraktion zum Bau des fünften Zentralberufsschulgebäudes. Der Mietvertrag zwischen der GESIBA und der Stadt Wien bedeute aber, daß die Stadt Wien eine Art Schuldnerin sei. Eine solche Vertragskonstruktion sei eine "Flucht aus dem Budget".

Das 5. Zentralberufsschulgebäude, sagte GR. STEINBACH (SPÖ), werde für rund 3.000 Lehrlinge Ausbildungsstätte sein. Mit dem nun zu genehmigenden Mietvertrag hafte die GESIBA für die gesamte Bauausführung und die Fertigstellung des 5. Zentralberufsschulgebäudes binnen 24 Monaten. Die Stadt Wien werde dieses aus Fremdmittel finanzierte Projekt überwachen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

(Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Tarifänderung bei den Wiener Verkehrsbetrieben

35 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) beantragte die ab Jänner 1986 eine Tarifänderung bei den Wiener Verkehrsbetrieben. Hatzl wies darauf hin, daß parallel dazu weitere Verbesserungen im öffentlichen Verkehr eingeführt werden und das Investitionsprogramm der Verkehrsbetriebe fortgesetzt wird. Die Erhöhung hält sich in einem sozialen Rahmen, betonte Hatzl.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, die Tramway dürfe nicht teurer sondern sie müsse schneller werden. Durch die derzeitige Konstellation gebe es weniger Fahrgäste und daher auch einen geringeren finanziellen Deckungsgrad.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) sagte, für die geplante Tarifierhöhung könnten weder soziale noch wirtschaftliche Aspekte geltend gemacht werden.

GR. KÖPFENSTEINER (SPÖ) betonte, die Tarifierhöhung sei für die geplanten Investitionen nötig, die Fahrgastzunahme von 23 Prozent seit 1982 stelle der Politik der Verkehrsbetriebe ein gutes Zeugnis aus.

StR. HATZL (SPÖ) verwies in seinem Schlußwort auf die vielen Sozialtarife in Wien, die im nationalen und internationalen Vergleich einzigartig seien. Die Tarifierhöhung sei notwendig, um den Kostendeckungsgrad der Verkehrsbetriebe in einer vernünftigen Relation zu halten. Die Stadt Wien werde 1986 für die Verkehrsbetriebe 3,5 Milliarden Schilling zur Verfügung stellen, das bedeutet eine enorme Unterstützung.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Subvention österreichischer Fußballbund

36 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPö) beantragte als Berichterstatter Subventionen in der Höhe von 15,6 Millionen Schilling, darunter vier Millionen für den österreichischen Fußballbund.

GR. ARTHOLD (ÖVP) betonte, der österreichische Fußballbund habe durch die Sperre des Wiener Stadions keine Einnahmeverluste erlitten.

Die finanziellen Schwierigkeiten des ÖFB gehen auf den ehemaligen Präsidenten Sekanina zurück. Arthold stellte den GEGENANTRAG, eine Subvention von vier Millionen Schilling zweckgebunden für den raschen Ausbau des Franz-Horr-Stadions zu gewähren.

GR. SCHMIDTMEIER (SPö) erklärte, Wien sei im Fußball wieder führend. Man sollte als Wiener darauf doch auch ein wenig stolz sein. In Österreich wird sehr viel Geld für den Sport ausgegeben. Andere Länder stellen zum Beispiel für den Schisport Beträge zur Verfügung. Dort gibt es darüber keine Kritik.

ABSTIMMUNG: Der Gegenantrag blieb mit den Stimmen der ÖVP und FPö in der Minderheit, die Subvention an den ÖFB wurde mit den Stimmen der SPö angenommen, die restlichen Subventionen wurden einstimmig beschlossen. (Forts.) sei/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wohnen und Arbeiten auf "Austria Email"-Gründen

37 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) beantragte die Mittel zur finanziellen Absicherung eines Pilotprojektes, durch das auf den ehemaligen "Austria Email"-Gründen 270 Wohnungen und auf 20.800 Quadratmetern Betriebe entstehen sollen. Träger dieses Projektes sind die "Z" und eine Enkelgesellschaft des Zuwandererfonds.

GR. DKfm. Dr. WÖBER (ÖVP) erläuterte, daß durch dieses Projekt privates Anlagekapital durch steuerliche Verlustanteilszuweisung mobilisiert werde. Er unterstrich die Notwendigkeit eines steuerlichen Anreizes für die Stadterneuerung, darunter die steuerliche Gleichstellung von Neubau und Renovierung. Der Verzicht auf (Bundes-)Steuereinnahmen würde sich auch in geringeren Arbeitslosenzahlen und durch höhere Steuereinnahmen positiv auswirken.

GR. OBLASSER (SPÖ) verwies auf die Bedeutung des Projektes für Ottakring mit mehr Aus- als Einpendlern und mit vielfach schlechter Bau- und Wohnungssubstanz. Bei dem Pilotprojekt werde der Paragraph 38 des Stadterneuerungsgesetzes genutzt. Ohne Wohnbauförderung werden die Baukostenzuschüsse und die Mieten erschwinglich sein, und es werde die Möglichkeit sowohl für Betriebsinhaber als auch für Wohnungsmieter geben, ihren Anteil im Eigentum zu erwerben.

In seinem SCHLUSSWORT sagte GR. SALLABERGER, auch seine Fraktion bekenne sich zu steuerlichen Anreizen, und dieses Projekt beweise auch dem Finanzministerium die Sinnhaftigkeit der Hereinnahme von privatem Risikokapital.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Fassung der Pfannbauernquelle

38 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) beantragte die Erhöhung des für die Fassung und Überleitung der Pfannbauernquelle in die Erste Wiener Hochquellenleitung im Jahr 1967 genehmigten Sachkredits um 270 Millionen auf 390 Millionen Schilling. Die Baurate für 1985 beträgt sechs Millionen Schilling.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion diesem Geschäftsstück zustimmt. Die Situation der Wasserversorgung unserer Stadt sei sehr problematisch, werde jedoch von seiten der SPÖ verniedlicht. Wegen der Grundwassergefährdung sei die Wasserversorgung durch die dritte Wiener Wasserleitung unmöglich, das Grundwasserwerk Lobau sei durch den geplanten Kraftwerksbau gefährdet. Auch sei zu befürchten, daß das Wasser des Pumpwerkes Donauinsel-Nord chemisch aufbereitet werden muß. Außerdem sei die 2. Hochquellenwasserleitung höchst sanierungsbedürftig. Neubert äußerte die Befürchtung, daß mit dem Wasser aus den Hochquellenwasserleitungen der Bedarf nicht gedeckt werden kann. Er stellte deshalb an Stadtrat Braun die Anfrage, ob mit der Erschließung der Pfannbauer'schen Quelle tatsächlich die Versorgung aller Wiener mit Hochquellenwasser gesichert sei, wie dies versprochen wurde.

GR. VEJTISEK (SPÖ) stellte fest, daß Wien im Vergleich zu anderen Großstädten über eine der besten Wasserversorgungen der Welt verfüge. Der tägliche Wasserbedarf betrage durchschnittlich 400.000 Kubikmeter, der zu 84 Prozent aus Hochquellenwasser gedeckt wird. Durch die Erschließung der Pfannbauer'schen Quelle könne in fünf Jahren der Bedarf zu 100 Prozent gedeckt werden. Auch im heurigen Jahr wurden die Wiener von Mai bis Mitte Oktober ausschließlich mit Hochquellenwasser versorgt. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Fassung der Pfannbauer'schen Quelle

39 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) StR. BRAUN (SPÖ) stellte fest, daß das Grundwasserwerk Lobau in keiner Weise gefährdet sei. Die Problematik mit der 3. Wasserleitung bestehe seit elf Jahren. Die Befürchtung, daß das Wasser aus dem Grundwasserwerk Donauinsel Nord chemisch aufbereitet werden müsse, sei völlig aus der Luft gegriffen, weil noch nicht einmal Untersuchungsergebnisse vorliegen.

StR. FÜRST (ÖVP) warf die Frage auf, weshalb es notwendig sei, die Grundwasserwerke mit Millionenbeträgen zu erhalten, wenn alle Wiener künftig mit Hochquellenwasser versorgt werden können.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Planungsauftrag für Rautenweg

40 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Gr. VEJTISEK (SPÖ) beantragte die Genehmigung des Planungsauftrages für die Erweiterung und Adaptierung der Mülldeponie Rautenweg.

Die ÖVP, erklärte Stadtrat FÜRST (ÖVP), gebe selbstverständlich ihre Zustimmung zur Vergabe dieses Planungsauftrages. Seine Fraktion sei immer für die maximale Risikoverminderung in bezug auf die Gefährdung des Grundwassers durch die Mülldeponie Rautenweg eingetreten. Eine völlige Risikoausschaltung sei aber sicherlich schon aufgrund des Standortes, der bereits bei der Errichtung der Deponie den Bundesrichtlinien für Hausmüll nicht entsprochen habe, nicht möglich. Fürst urgierete Maßnahmen zur Unterbindung der Ablagerung von Giftstoffen. Darüber hinaus verlangte er ein Konzept zur Sanierung der kleineren Deponien.

Von den vier zur Diskussion stehenden Sanierungsverfahren, erklärte GR. FREINBERGER (SPÖ), habe man aufgrund des Gutachtens von Prof. KEMMERLING die optimale gewählt. Die Überprüfung der Wasserwerte in den umliegenden Teichen habe ergeben, daß die höchsten Schadstoffkonzentrationen im Schrammelteich oberhalb der Deponie Rautenweg auftreten. Die Ursache dieser Verunreinigungen liegen offensichtlich auf niederösterreichischem Gebiet.

GR. Dr. MAIER (ÖVP) stellte einen Beschluß- und Resolutionsantrag betreffend eine Volksbefragung zur Müllvermeidung und Altstoffsammlung und bezeichnete das dem Landtag vorgelegte Abfallwirtschaftskonzept als unzulänglich. Die Vorlage dieses Konzeptes sei eine überstürzte Entscheidung im Sinne eines politischen Gags gewesen. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Planungsauftrag für Rautenweg

41 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die Deponie Rautenweg sei die letzte Deponiemöglichkeit, die Wien habe, erklärte Stadtrat BRAUN (SPÖ). Man könne demnach nicht auf den Rautenweg verzichten, werde aber die optimale Absicherung der Deponie veranlassen.

Er lehne diese Art von Volksbefragung ab, nahm Braun zum Beschlußantrag der ÖVP Stellung. Das Abfallwirtschaftskonzept sei eine Grundlage für die entsprechenden Maßnahmen der Ver- und Entsorgung in Wien.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen. Der Beschluß- und Resolutionsantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: EBS und Hauptkläranlage

42 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) beantragte die bereits von Bürgermeister Dr. ZILK nach § 92 genehmigte Verpachtung der Hauptkläranlage Wien an die EBS. Danach ist eine einheitliche Betriebsführung der beiden Betriebe vorgesehen. Die Vorlage des Aktes im Gemeinderat sei notwendig, um unverzüglich mit der Sanierung beginnen zu können.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, daß es ihm nicht möglich sei, diesem Akt ohne informelle Ankündigung, ohne Beschluß im Ausschuß und im Stadtsenat zuzustimmen. Eine derartige Materie erfordere volle Informationen und Akteneinsicht.

GR. Ing. WORM (ÖVP) sagte, laut SK und laut AZ sei es nicht die Übertragung der Hauptkläranlage an die EBS, sondern das Sanierungskonzept der EBS und der Gesamtkostenentscheid, über die der Gemeinderat heute entscheiden solle. Es sei ein undemokratischer Akt, auf diese Art und Weise - ohne Information - dieses Aktenstück durchdrücken zu wollen.

GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) sagte, es sei die politische Zielsetzung, ein umweltgerechtes Funktionieren von EBS und Hauptkläranlage zu erreichen. Zu diesem Zweck sei es notwendig, heute die Übertragung an die Holding und die Rahmenkostenfestsetzung zu beschließen, um im Zeitplan für die notwendigen Arbeiten zu bleiben. Er sehe hier keine Gefährdung der Demokratie, sondern den Versuch der Opposition, diesen Zeitplan zu verzögern und damit die Einhaltung getroffener Zusagen der Rathausmehrheit zu verhindern. (Forts.) gab/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: EBS und Hauptkläranlage

43 Wien, 24.10. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP wird einem "Husch-Pfusch-Verfahren" nicht zustimmen, erklärte Stadtrat FÜRST (ÖVP). Der Termin für die Klärschlammverbrennung wurde entgegen den Ankündigungen von Bürgermeister Dr. Zilk um ein Jahr auf 1. Jänner 1989 verschoben. Es liegt auch kein Preislimit vor, sondern nur der Wunsch der Stadt Wien, die Sanierung solle 1,5 Milliarden kosten. Das ist keine Festsetzung eines Höchstbetrages, sondern ein Blankoscheck, der zu Preiserhöhungen einlädt. Die ÖVP hält diese Vorgangsweise für unverantwortlich, betonte Fürst.

Der ÖVP passe offenbar die Geradlinigkeit, nämlich mit genauen Vorgaben und Terminen zu arbeiten, nicht, erklärte Stadtrat BRAUN (SPÖ). Der vorliegende Bestandsvertrag der MA 30 und der Wiener Holding sowie die Dienstag in den späten Abendstunden erzielte Einigung über eine Höchstgrenze der Sanierungskosten sind eine notwendige Voraussetzung für die Einhaltung der Termine. Man habe Vizebürgermeister Dr. Busek am Mittwoch angeboten, darüber Donnerstag eine Sitzung des Stadtsenates abzuhalten. Busek hat dies jedoch abgelehnt und so blieb der Weg über den § 92 der Wiener Stadtverfassung als einzige Möglichkeit, Verzögerungen zu verhindern. Das sei auch keine Umgehung der Demokratie, die Wiener Stadtverfassung sehe diesen Weg vor, erklärte Braun.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates schloß um 22.35 Uhr.

(Schluß) sei/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---